

Anfrage von Vilmar Krähenbühl (SVP, Zürich)
betreffend Auswirkungen auf die kantonalen Arbeitsplätze und
Beschäftigungslage in der Privatwirtschaft infolge Ablehnung der
Motorfahrzeugsteuererhöhung.

Durch die Ablehnung der Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer am 6. Dezember 1993 durch das Volk mussten praktisch alle Budgets für den Strassenbau und -unterhalt massiv gekürzt, zum Teil sogar gestrichen werden. Wo weniger Geld vorhanden ist, kann demzufolge auch weniger projektiert und ausgeführt werden. Dies hat einerseits Auswirkungen auf die Auslastung des Personals, andererseits auch auf die Beschäftigungslage in der Privatwirtschaft.

Ich ersuche deshalb den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Muss infolge der gekürzten Budgets in der Baudirektion Personal abgebaut werden?
2. Wie wird das freiwerdende Personal weiter beschäftigt?
3. Werden Projektierungsarbeiten wieder vermehrt amtsintern ausgearbeitet und damit der Privatwirtschaft entzogen?
4. Wie hoch beziffern sich die der Privatwirtschaft entzogenen Projektierungsaufträge?

Vilmar Krähenbühl